

Experten, Laien und die Krise der Vermittlung

C2.2 - WAHRHEIT, ÖFFENTLICHKEIT UND EPISTEMISCHE KRISE: WENN GESELLSCHAFTEN SICH NICHT MEHR AUF WIRKLICHKEIT EINIGEN

Wortschatz zum Text

Deutsch	Englisch / Erklärung
die Wissensvermittlung	knowledge mediation
die Expertenrolle	expert role
die Laienperspektive	lay perspective
die Vermittlungskrise	crisis of mediation
die Wissenschaftskommunikation	science communication
die Expertendemokratie	expert democracy
die Technokratie	technocracy
die Partizipation	participation
die Deliberation	deliberation
die Urteilskompetenz	judgment competence
die Fachautorität	professional authority
die Erfahrungsautorität	authority of lived experience
die Grenzziehung	boundary drawing
die Zuständigkeit	competence / responsibility
die Anmaßung	presumption
die Entmündigung	disenfranchisement
die Überheblichkeit	arrogance
die Verständlichkeit	comprehensibility
die Vereinfachung	simplification
die Verkürzung	reduction

Deutsch	Englisch / Erklärung
die Komplexitätsreduktion	reduction of complexity
die Fehlübersetzung	mistranslation
die Medienlogik	media logic
die politische Instrumentalisierung	political instrumentalization
die Beratungsfunktion	advisory function
die Entscheidungsfunktion	decision-making function
die Legitimationsfrage	question of legitimacy
die Rollenklärung	clarification of roles
die Rechenschaftspflicht	accountability
die Transparenz	transparency
die Unsicherheitsangabe	statement of uncertainty
die Modellannahme	model assumption
die Prognosegrenze	limit of prediction
die Interessenbindung	interest tie
die Unabhängigkeit	independence
die Vertrauensbildung	trust building
die Bildungsungleichheit	educational inequality
die epistemische Ungleichheit	epistemic inequality
die Zugangsschwelle	access threshold
die Dialogfähigkeit	ability to engage in dialogue
die Übersetzungsleistung	act of translation
die Beteiligungskultur	culture of participation
die Wissensasymmetrie	asymmetry of knowledge
beratend	advisory
entscheidungsbefugt	authorized to decide
verständlich	comprehensible
verkürzt	reduced
rechenschaftspflichtig	accountable

Meine zusätzlichen Wörter / Notizen:

Experten, Laien und die Krise der Vermittlung

C2.2 - WAHRHEIT, ÖFFENTLICHKEIT UND EPISTEMISCHE KRISE: WENN GESELLSCHAFTEN SICH NICHT MEHR AUF WIRKLICHKEIT EINIGEN

Die Krise öffentlicher Wahrheit ist auch eine Krise der Vermittlung zwischen Experten und Laien. In modernen Gesellschaften gibt es kaum ein politisches Problem, das ohne Fachwissen verstanden werden kann: Pandemiepolitik, Klimawandel, Energieversorgung, Finanzmärkte, künstliche Intelligenz, Sicherheitspolitik, Migration, Stadtplanung oder Gesundheitssysteme. Gleichzeitig können politische Entscheidungen nicht einfach an Fachleute delegiert werden. Expertinnen können sagen, welche Folgen wahrscheinlich sind, welche Daten belastbar erscheinen und welche Unsicherheiten bestehen. Sie können aber nicht allein entscheiden, welche Risiken eine Gesellschaft akzeptieren soll, welche Kosten gerecht verteilt sind und welche Werte Vorrang haben.

Diese Unterscheidung wird in Krisen oft unscharf. Wenn Politik sagt, sie folge „der Wissenschaft“, klingt das verantwortungsvoll, kann aber auch eine Legitimationsverschiebung sein. Wissenschaft liefert keine fertige Politik. Sie liefert Modelle, Befunde, Szenarien, Wahrscheinlichkeiten und Warnungen. Aus ihnen müssen politische Entscheidungen gemacht werden, die immer Werturteile enthalten. Wer diese Werturteile hinter Expertise versteckt, überfordert Wissenschaft und entlastet Politik zu Unrecht. Umgekehrt ist es gefährlich, wissenschaftliche Beratung als bloße Meinung abzutun, nur weil sie politisch unbequem ist.

Die Rolle von Expertinnen ist daher doppelt begrenzt und zugleich unverzichtbar. Begrenzt ist sie, weil Fachwissen nicht demokratische Entscheidung ersetzt. Unverzichtbar ist sie, weil demokratische Entscheidung ohne Fachwissen blind wird. Eine Gesellschaft, die Expertise verachtet, verliert die Fähigkeit, komplexe Risiken realistisch zu bewerten. Eine Gesellschaft, die Expertise absolut setzt, riskiert Technokratie. Zwischen Wissenschaftsfeindlichkeit und Expertokratie liegt der schwierige Raum demokratischer Urteilskraft.

Laien sind in diesem Raum nicht einfach unwissend. Sie bringen Erfahrungen, Betroffenheit, praktische Kenntnisse und Wertperspektiven ein. Eine Pflegekraft versteht bestimmte Probleme des Gesundheitssystems anders als ein Ökonom. Eine Bewohnerin eines belasteten Stadtteils kennt Lebensrealitäten, die in Durchschnittsdaten verschwinden können. Ein Landwirt erlebt Klimaveränderungen anders als ein Modellierer. Solche Erfahrungsautorität ersetzt keine systematische Forschung, aber sie kann Fragen präzisieren, blinde Flecken sichtbar machen und politische Zumutbarkeit beurteilen.

Problematisch wird es, wenn beide Seiten einander missverstehen. Experten können Laien als irrational abwerten, wenn diese nicht sofort den Fachargumenten folgen. Laien können Expertinnen als arrogant oder interessengeleitet ablehnen, wenn diese Unsicherheit nicht erklären oder Alltagserfahrung ignorieren. Vermittlung scheitert dann nicht nur an fehlenden Informationen, sondern an Rollenverwirrung. Wer spricht als Fachperson? Wer spricht als politischer Akteur? Wer berichtet Erfahrung? Wer entscheidet über Werte? Ohne Rollenklärung wird jede Aussage verdächtig.

Wissenschaftskommunikation muss deshalb mehr leisten als Vereinfachung. Natürlich braucht es verständliche Sprache. Aber Verständlichkeit darf nicht bedeuten, Unsicherheit, Methoden oder Gegenargumente zu verschweigen. Eine Erklärung, die zu glatt ist, erzeugt später Misstrauen, wenn Realität komplizierter wird. Gute Vermittlung zeigt, warum Fachleute etwas annehmen, welche Daten sie nutzen, welche Grenzen Modelle haben und wo legitimer Streit beginnt. Sie reduziert Komplexität, ohne sie zu verfälschen.

Medienlogik erschwert diese Aufgabe. Expertinnen werden oft in knappen Formaten nach eindeutigen Aussagen gefragt: Ist es gefährlich? Wer hat recht? Was muss jetzt passieren? Wissenschaftliche Antworten sind häufig bedingter: unter bestimmten Annahmen, mit Unsicherheiten, abhängig von Datenlage und Zielkriterien. Diese Bedingtheit wirkt im medialen Raum schwächer als klare Zuspitzung. Wer vorsichtig spricht, erscheint unentschlossen; wer dramatisch vereinfacht, wirkt durchsetzungsfähig. Dadurch entsteht ein Anreiz zur Übereinfachung.

Auch politische Instrumentalisierung beschädigt Vermittlung. Parteien und Interessengruppen zitieren Expertisen selektiv, heben passende Studien hervor und verschweigen unbequeme Unsicherheiten. Fachleute können dadurch in politische Lagerlogiken hineingezogen werden. Sobald eine Expertin als „die Stimme der Gegenseite“ gilt, verliert ihre Aussage bei einem Teil der Öffentlichkeit Wirkung, unabhängig von ihrer Qualität. Wissenschaft wird dann nicht mehr als Verfahren der Prüfung wahrgenommen, sondern als rhetorische Waffe.

Vertrauensbildung braucht daher institutionelle Transparenz. Wer finanziert Forschung? Welche Interessen könnten eine Rolle spielen? Welche Daten sind zugänglich? Welche Annahmen stecken in Modellen? Welche Minderheitspositionen gibt es? Transparenz beseitigt nicht jede Kontroverse, aber sie macht Kritik bearbeitbar. Geheimhaltung oder herablassende Kommunikation erzeugen dagegen den Verdacht, dass etwas verborgen werden soll. In einer misstrauischen Öffentlichkeit ist Nachvollziehbarkeit selbst ein Teil der Wahrheitspolitik.

Epistemische Ungleichheit verschärft die Vermittlungskrise. Nicht alle Menschen haben denselben Zugang zu Bildung, Fachsprache, Medienkompetenz oder Zeit für Recherche. Wer komplexe Informationen leichter verstehen kann, hat größere politische Handlungsmöglichkeiten. Wer ausgeschlossen ist, wird schneller abhängig von einfachen Deutungen oder charismatischen Vermittlern. Demokratie braucht daher nicht nur Experten, sondern auch Bildung, verständliche Institutionen und Räume, in denen Laienfragen nicht verspottet, sondern ernst genommen werden.

Partizipation kann helfen, wenn sie mehr ist als Dekoration. Bürgerforen, Ethikräte, lokale Beteiligungsverfahren oder öffentliche Anhörungen können Fachwissen und Erfahrungswissen zusammenbringen. Sie ersetzen keine Forschung und keine parlamentarische Entscheidung. Aber sie können zeigen, welche Fragen gesellschaftlich relevant sind, welche Nebenfolgen übersehen werden und welche Maßnahmen Akzeptanz brauchen. Beteiligung ist nicht deshalb wichtig, weil jede Meinung fachlich gleichwertig wäre, sondern weil politische Legitimität mehr umfasst als fachliche Richtigkeit.

Die Krise zwischen Experten und Laien lässt sich also nicht lösen, indem man einer Seite einfach Recht gibt. Experten müssen ihre Grenzen, Annahmen und Unsicherheiten offenlegen. Laien müssen anerkennen, dass nicht jede persönliche Erfahrung eine wissenschaftliche Evidenz widerlegt. Politik muss Verantwortung für Entscheidungen übernehmen, statt sie hinter Wissenschaft zu verstecken oder gegen Wissenschaft auszuspielen. Öffentlichkeit muss lernen, fachliche Autorität und demokratische Mitsprache nicht als Gegensätze zu behandeln. Erst dann wird Vermittlung mehr als Übersetzung: Sie wird zur gemeinsamen Arbeit an urteilsfähiger Demokratie.

Fragen zum Text

1. Warum ist die Krise öffentlicher Wahrheit auch eine Vermittlungskrise?

2. Warum können politische Entscheidungen nicht einfach an Experten delegiert werden?

3. Warum ist die Formulierung „der Wissenschaft folgen“ ambivalent?

4. Was liefert Wissenschaft für Politik?

5. Warum ist Expertise zugleich begrenzt und unverzichtbar?

6. Was ist die Gefahr der Expertokratie?

7. Warum sind Laien nicht einfach unwissend?

8. Was kann Erfahrungsautorität leisten?

9. Warum scheitert Vermittlung oft an Rollenverwirrung?

10. Warum muss Wissenschaftskommunikation mehr leisten als Vereinfachung?

11. Warum kann Medienlogik wissenschaftliche Kommunikation verzerren?

12. Wie beschädigt politische Instrumentalisierung Vertrauen?

13. Warum ist Transparenz wichtig?

14. Was bedeutet epistemische Ungleichheit?

15. Warum ist Partizipation wichtig?

16. Warum sind nicht alle Meinungen fachlich gleichwertig?

17. Was ist die zentrale Schlussfolgerung des Textes?

Multiple Choice

1. Warum kann Wissenschaft Politik nicht vollständig ersetzen?

- ☐ A) Politische Entscheidungen enthalten Werturteile und Verteilungsfragen.
- ☐ B) Wissenschaft kennt keine Daten.
- ☐ C) Fachleute dürfen nie beraten.
- ☐ D) Politik braucht keine Informationen.

2. Was ist gefährlich an der Aussage, man folge „der Wissenschaft“?

- ☐ A) Sie kann politische Verantwortung hinter Expertise verstecken.
- ☐ B) Sie macht jede Forschung wertlos.
- ☐ C) Sie verhindert Beratung.
- ☐ D) Sie bedeutet immer Transparenz.

3. Was beschreibt Expertokratie?

- ☐ A) Die Überhöhung fachlicher Autorität zur politischen Entscheidungsinstanz.
- ☐ B) Die völlige Ablehnung von Fachwissen.
- ☐ C) Einen Bürgerdialog.
- ☐ D) Eine Methode der Quellenkritik.

4. Warum ist Erfahrungswissen relevant?

- ☐ A) Es kann blinde Flecken und praktische Zumutbarkeit sichtbar machen.
- ☐ B) Es ersetzt immer alle Studien.
- ☐ C) Es ist nie politisch wichtig.
- ☐ D) Es ist automatisch objektiver als Forschung.

5. Was ist eine Vermittlungskrise?

- ☐ A) Fachwissen, Erfahrung, Medienlogik und Politik finden keine vertrauenswürdige Übersetzung.
- ☐ B) Menschen sprechen keine Sprache.
- ☐ C) Wissenschaft produziert keine Ergebnisse.
- ☐ D) Medien dürfen nie berichten.

6. Warum ist zu glatte Vereinfachung riskant?

- ☐ A) Sie erzeugt später Misstrauen, wenn Wirklichkeit komplexer ist.
- ☐ B) Sie zeigt alle Unsicherheit.
- ☐ C) Sie stärkt Ambiguitätstoleranz automatisch.
- ☐ D) Sie verhindert jede Fehlübersetzung.

7. Wie kann Medienlogik Wissenschaft verzerren?

- ☐ A) Vorsichtige Aussagen wirken schwächer als klare Zuspitzungen.
- ☐ B) Medien bevorzugen immer Methodenanhänge.
- ☐ C) Medien verhindern politische Instrumentalisierung.
- ☐ D) Wissenschaftliche Unsicherheit ist medial immer leicht darstellbar.

8. Warum ist Transparenz in der Forschung wichtig?

- ☐ A) Sie macht Interessen, Daten und Annahmen prüfbar.
- ☐ B) Sie beseitigt jede Kontroverse sofort.
- ☐ C) Sie ersetzt jede Fachkompetenz.
- ☐ D) Sie verbietet Kritik.

9. Was bedeutet epistemische Ungleichheit?

- ☐ A) Ungleicher Zugang zu Wissen, Sprache, Bildung und Prüfkompetenz.
- ☐ B) Alle Menschen wissen exakt gleich viel.
- ☐ C) Expertise ist verboten.
- ☐ D) Jede Information ist gleich verständlich.

10. Welche Schlussfolgerung passt?

- ☐ A) Demokratie braucht Expertise, aber auch Rollenklärung, Partizipation und politische Verantwortung.
- ☐ B) Laienfragen sollten ignoriert werden.
- ☐ C) Experten sollen allein regieren.
- ☐ D) Wissenschaft ist nur eine Meinung.

Ordne zu

A	B
Wissensvermittlung	verbindet Fachwissen und öffentliche Urteilsbildung.
Expertenrolle	liefert Beratung, nicht alleinige Entscheidung.
Laienperspektive	bringt Erfahrung und Zumutbarkeit ein.
Technokratie	ersetzt Politik durch Fachverwaltung.
Wissenschaftsfeindlichkeit	lehnt Expertise grundsätzlich ab.
Beratungsfunktion	beschreibt Aufgabe fachlicher Einschätzung.
Entscheidungsfunktion	bleibt politisch legitimationspflichtig.
Rollenklärung	verhindert Verwechslung von Wissen und Entscheidung.
Wissenschaftskommunikation	muss verständlich und unsicherheitssensibel sein.
Komplexitätsreduktion	ist nötig, darf aber nicht verfälschen.
Medienlogik	bevorzugt oft Zuspitzung und Eindeutigkeit.
Politische Instrumentalisierung	nutzt Expertisen selektiv.
Transparenz	macht Daten, Interessen und Annahmen prüfbar.
Modellannahme	begrenzt Reichweite wissenschaftlicher Aussagen.
Prognosegrenze	zeigt, wo Vorhersagen unsicher bleiben.
Erfahrungsautorität	ergänzt, aber ersetzt keine Evidenz.
Wissensasymmetrie	prägt Verhältnis von Experten und Öffentlichkeit.
Epistemische Ungleichheit	erschwert gleiche Teilhabe an Urteilsbildung.
Bildungsungleichheit	beeinflusst Zugang zu Fachsprache.
Bürgerforum	kann Fach- und Erfahrungswissen verbinden.
Deliberation	ermöglicht begründeten öffentlichen Austausch.
Rechenschaftspflicht	gilt für Politik und Institutionen.
Unabhängigkeit	stärkt Vertrauen in Expertise.
Interessenbindung	muss offengelegt werden.

A	B
Verständlichkeit	ist Voraussetzung demokratischer Vermittlung.
Überheblichkeit	zerstört Vertrauen in Fachkommunikation.
Partizipation	erhöht Legitimität, ersetzt aber nicht Forschung.
Urteilskompetenz	entsteht durch Wissen, Erfahrung und Kriterien.

Bringe in die richtige Reihenfolge

Nr.	Satz / Ereignis	Reihenfolge
1.	Danach wird erklärt, warum Politik nicht einfach an Fachleute delegiert werden kann.	
2.	Der Text beginnt mit der Vermittlungskrise zwischen Experten und Laien.	
3.	Später wird die Laienperspektive als Erfahrungsautorität beschrieben.	
4.	Anschließend wird die Formel „der Wissenschaft folgen“ kritisch differenziert.	
5.	Zum Schluss wird Vermittlung als gemeinsame Arbeit an urteilsfähiger Demokratie verstanden.	
6.	Danach werden Expertise, Wissenschaftsfeindlichkeit und Expertokratie voneinander abgegrenzt.	
7.	Es wird gezeigt, warum Missverständnisse durch Rollenverwirrung entstehen.	
8.	Der Text erläutert Anforderungen an Wissenschaftskommunikation.	
9.	Später wird Medienlogik als Verzerrungsfaktor beschrieben.	
10.	Danach wird politische Instrumentalisierung von Expertise problematisiert.	
11.	Ein weiterer Schritt ist Transparenz als Grundlage von Vertrauensbildung.	
12.	Danach wird epistemische Ungleichheit als demokratisches Problem eingeführt.	
13.	Der Text behandelt Partizipation als Verbindung von Fach- und Erfahrungswissen.	
14.	Am Ende wird betont, dass keine Seite allein die Krise lösen kann.	
15.	Die Beratungsfunktion von Wissenschaft wird von politischer Entscheidungsfunktion getrennt.	
16.	Es folgt die Kritik an zu glatter Vereinfachung.	
17.	Die Bedeutung von Bildungszugang und Fachsprache wird sichtbar.	
18.	Die Grenze zwischen fachlicher Richtigkeit und politischer Legitimität wird markiert.	

Finde den Fehler im Inhalt

1. Der Text fordert, politische Entscheidungen vollständig an Expertinnen zu delegieren.

2. Wissenschaft liefert fertige Politik.

3. Fachwissen ist für Demokratie entweder völlig überflüssig oder absolut entscheidungsbefugt.

4. Laienperspektiven sind grundsätzlich wertlos.

5. Erfahrungsautorität ersetzt systematische Forschung vollständig.

6. Vermittlung scheitert nur an fehlenden Informationen.

7. Wissenschaftskommunikation darf Unsicherheiten verschweigen, wenn sie verständlich sein will.

8. Medienlogik begünstigt immer vorsichtige und differenzierte Aussagen.

9. Politische Instrumentalisierung stärkt Vertrauen in Expertise.

10. Transparenz über Interessen und Daten ist unnötig.

11. Epistemische Ungleichheit spielt in Demokratien keine Rolle.

12. Partizipation bedeutet, dass jede Meinung fachlich gleichwertig ist.

13. Politik darf Verantwortung hinter Wissenschaft verstecken.

14. Experten und Laien müssen als Gegner behandelt werden.



Schreibaufgabe

380-450 Wörter

Erörtere, warum die Vermittlung zwischen Expertinnen, Laien und Politik für demokratische Urteilskraft entscheidend ist. Gehe auf Beratungsfunktion, Entscheidungsverantwortung, Erfahrungswissen, Wissenschaftskommunikation, Medienlogik, Transparenz, epistemische Ungleichheit und Partizipation ein.



Lösungen

Fragen zum Text

1. Weil komplexes Fachwissen politisch notwendig ist, aber nicht automatisch verständlich oder demokratisch legitimiert wird.
2. Expertinnen liefern Wissen und Einschätzungen, aber gesellschaftliche Wertentscheidungen müssen politisch legitimiert werden.
3. Sie kann verantwortungsvoll klingen, aber politische Wertentscheidungen hinter wissenschaftlicher Autorität verstecken.
4. Sie liefert Befunde, Modelle, Szenarien, Wahrscheinlichkeiten, Warnungen und Unsicherheitsangaben.
5. Sie ersetzt keine demokratische Entscheidung, ist aber notwendig, um komplexe Risiken realistisch zu bewerten.
6. Fachwissen könnte demokratische Wertentscheidungen und politische Verantwortung verdrängen.
7. Sie bringen Erfahrung, Betroffenheit, praktische Kenntnisse und Wertperspektiven ein.
8. Sie kann blinde Flecken sichtbar machen, Fragen präzisieren und Zumutbarkeit beurteilen.
9. Unklar bleibt, ob jemand als Fachperson, politischer Akteur, Betroffener oder Entscheidungsträger spricht.
10. Sie muss verständlich sein, aber auch Unsicherheiten, Methoden, Grenzen und Gegenargumente zeigen.
11. Medien verlangen oft klare Zuspitzung, während Wissenschaft bedingt und unsicher formuliert.
12. Expertisen werden selektiv genutzt und Fachleute in Lagerlogiken hineingezogen.
13. Sie macht Finanzierung, Daten, Annahmen und Interessen sichtbar und Kritik bearbeitbar.
14. Menschen haben ungleichen Zugang zu Bildung, Fachsprache, Medienkompetenz und Recherchezeit.
15. Sie verbindet Fachwissen mit Erfahrungswissen und stärkt politische Legitimität.
16. Persönliche Erfahrung kann wichtig sein, ersetzt aber keine systematische Evidenz.
17. Demokratische Urteilskraft entsteht, wenn Expertise, Laienperspektive und politische Verantwortung klar unterschieden und verbunden werden.

Multiple Choice

1. A) Politische Entscheidungen enthalten Werturteile und Verteilungsfragen.
2. A) Sie kann politische Verantwortung hinter Expertise verstecken.
3. A) Die Überhöhung fachlicher Autorität zur politischen Entscheidungsinstanz.
4. A) Es kann blinde Flecken und praktische Zumutbarkeit sichtbar machen.
5. A) Fachwissen, Erfahrung, Medienlogik und Politik finden keine vertrauenswürdige Übersetzung.
6. A) Sie erzeugt später Misstrauen, wenn Wirklichkeit komplexer ist.

Lösungen

Multiple Choice (Fortsetzung)

- 7. A) Vorsichtige Aussagen wirken schwächer als klare Zuspitzungen.
- 8. A) Sie macht Interessen, Daten und Annahmen prüfbar.
- 9. A) Ungleicher Zugang zu Wissen, Sprache, Bildung und Prüfkompetenz.
- 10. A) Demokratie braucht Expertise, aber auch Rollenklärung, Partizipation und politische Verantwortung.

Zuordnung

- 1. 1. Wissensvermittlung — verbindet Fachwissen und öffentliche Urteilsbildung.
- 2. 2. Expertenrolle — liefert Beratung, nicht alleinige Entscheidung.
- 3. 3. Laienperspektive — bringt Erfahrung und Zumutbarkeit ein.
- 4. 4. Technokratie — ersetzt Politik durch Fachverwaltung.
- 5. 5. Wissenschaftsfeindlichkeit — lehnt Expertise grundsätzlich ab.
- 6. 6. Beratungsfunktion — beschreibt Aufgabe fachlicher Einschätzung.
- 7. 7. Entscheidungsfunktion — bleibt politisch legitimationspflichtig.
- 8. 8. Rollenklärung — verhindert Verwechslung von Wissen und Entscheidung.
- 9. 9. Wissenschaftskommunikation — muss verständlich und unsicherheitssensibel sein.
- 10. 10. Komplexitätsreduktion — ist nötig, darf aber nicht verfälschen.
- 11. 11. Medienlogik — bevorzugt oft Zuspitzung und Eindeutigkeit.
- 12. 12. Politische Instrumentalisierung — nutzt Expertisen selektiv.
- 13. 13. Transparenz — macht Daten, Interessen und Annahmen prüfbar.
- 14. 14. Modellannahme — begrenzt Reichweite wissenschaftlicher Aussagen.
- 15. 15. Prognosegrenze — zeigt, wo Vorhersagen unsicher bleiben.
- 16. 16. Erfahrungsautorität — ergänzt, aber ersetzt keine Evidenz.
- 17. 17. Wissensasymmetrie — prägt Verhältnis von Experten und Öffentlichkeit.
- 18. 18. Epistemische Ungleichheit — erschwert gleiche Teilhabe an Urteilsbildung.
- 19. 19. Bildungsungleichheit — beeinflusst Zugang zu Fachsprache.
- 20. 20. Bürgerforum — kann Fach- und Erfahrungswissen verbinden.
- 21. 21. Deliberation — ermöglicht begründeten öffentlichen Austausch.
- 22. 22. Rechenschaftspflicht — gilt für Politik und Institutionen.
- 23. 23. Unabhängigkeit — stärkt Vertrauen in Expertise.

Lösungen

Zuordnung (Fortsetzung)

- 24. 24. Interessenbindung — muss offengelegt werden.
- 25. 25. Verständlichkeit — ist Voraussetzung demokratischer Vermittlung.
- 26. 26. Überheblichkeit — zerstört Vertrauen in Fachkommunikation.
- 27. 27. Partizipation — erhöht Legitimität, ersetzt aber nicht Forschung.
- 28. 28. Urteilskompetenz — entsteht durch Wissen, Erfahrung und Kriterien.

Reihenfolge

- 1. 1. Der Text beginnt mit der Vermittlungskrise zwischen Experten und Laien.
- 2. 2. Danach wird erklärt, warum Politik nicht einfach an Fachleute delegiert werden kann.
- 3. 3. Anschließend wird die Formel „der Wissenschaft folgen“ kritisch differenziert.
- 4. 4. Die Beratungsfunktion von Wissenschaft wird von politischer Entscheidungsfunktion getrennt.
- 5. 5. Danach werden Expertise, Wissenschaftsfeindlichkeit und Expertokratie voneinander abgegrenzt.
- 6. 6. Später wird die Laienperspektive als Erfahrungsautorität beschrieben.
- 7. 7. Es wird gezeigt, warum Missverständnisse durch Rollenverwirrung entstehen.
- 8. 8. Der Text erläutert Anforderungen an Wissenschaftskommunikation.
- 9. 9. Es folgt die Kritik an zu glatter Vereinfachung.
- 10. 10. Später wird Medienlogik als Verzerrungsfaktor beschrieben.
- 11. 11. Danach wird politische Instrumentalisierung von Expertise problematisiert.
- 12. 12. Ein weiterer Schritt ist Transparenz als Grundlage von Vertrauensbildung.
- 13. 13. Danach wird epistemische Ungleichheit als demokratisches Problem eingeführt.
- 14. 14. Die Bedeutung von Bildungszugang und Fachsprache wird sichtbar.
- 15. 15. Der Text behandelt Partizipation als Verbindung von Fach- und Erfahrungswissen.
- 16. 16. Die Grenze zwischen fachlicher Richtigkeit und politischer Legitimität wird markiert.
- 17. 17. Am Ende wird betont, dass keine Seite allein die Krise lösen kann.
- 18. 18. Zum Schluss wird Vermittlung als gemeinsame Arbeit an urteilsfähiger Demokratie verstanden.

Lösungen

Fehler finden

1. Der Text betont, dass Expertinnen beraten, aber politische Wertentscheidungen demokratisch legitimiert werden müssen.
2. Wissenschaft liefert Befunde, Modelle, Szenarien und Unsicherheiten, aus denen Politik Entscheidungen machen muss.
3. Fachwissen ist unverzichtbar, ersetzt aber keine demokratische Entscheidung.
4. Sie können Erfahrung, Betroffenheit und praktische Zumutbarkeit sichtbar machen.
5. Sie ergänzt Forschung, ersetzt sie aber nicht.
6. Sie scheitert auch an Rollenverwirrung, Misstrauen und schlechter Kommunikation.
7. Sie muss Unsicherheit verständlich machen, ohne Komplexität zu verfälschen.
8. Sie begünstigt oft Zuspitzung und scheinbare Eindeutigkeit.
9. Selektive Nutzung von Expertisen kann Vertrauen beschädigen.
10. Sie macht Kritik bearbeitbar und stärkt Vertrauen.
11. Ungleichem Zugang zu Bildung, Fachsprache und Recherche beeinflusst politische Teilhabe.
12. Partizipation stärkt Legitimität und bringt Erfahrung ein, ersetzt aber nicht Evidenz.
13. Politik muss Entscheidungen und Werturteile selbst verantworten.
14. Demokratische Urteilskraft entsteht durch geklärte Rollen und Verbindung von Fach- und Erfahrungswissen.